

PRESSEINFORMATION

IHK: Bundesregierung muss Digitalisierung vorantreiben

„Die neue Bundesregierung muss sich vor allem bei der Digitalisierung kräftig ins Zeug legen“. Das fordert der Präsident der IHK Arnsberg und bezieht sich dabei auf eine Befragung innerhalb der Vollversammlung der IHK. Für die Mitglieder des „Parlamentes der Wirtschaft“ stehen die Digitalisierung (68 % Nennungen), die Beschleunigung der Verwaltungsleistungen (44 %) sowie eine Klimapolitik, die investitionssicher und wettbewerbsfähig gestaltet ist (40 %), ganz oben auf der politischen Agenda. Präsident Rother weist zudem auf die enormen staatlichen Anforderungen an die Wirtschaft hin, sei es in Punkto Klimaneutralität, demografischer Wandel, Digitalisierung, Datenschutz oder Menschenrechte in Lieferketten. „Bei großem Verständnis für diese politischen Ziele, aber wir Unternehmerinnen und Unternehmer können den Aufwand kaum leisten“, sagt Andreas Rother und fordert von der neuen Bundesregierung, die Wirtschaft bei diesen Pflichten spürbar zu entlasten.

89 Prozent der befragten Vollversammlungsunternehmen halten zur Erreichung der Klimaschutzziele einen raschen Ausbau von erneuerbaren Energien, Energieinfrastrukturen sowie die Umstellung von Industrieanlagen auf klimaneutrale Brennstoffe für erforderlich. Bund und Länder müssten dafür dringend notwendige Rahmenbedingungen schaffen.

Datum:

27. September 2021

Ansprechpartner:

Stefan Severin
Tel. 02931 878-138

Wie wettbewerbsfähig ist der Standort Deutschland bei den wichtigen Zukunftsthemen? „Mangelhaft“ bis „Unge-nügend“ gaben 73 Prozent der Unternehmerinnen und Unternehmer der deutschen Bürokratie. Auch bei den Kosten für Strom (56 %) und sonstige Energie (59 %) se-hen die Betriebe den Standort international im Nachteil. Ein „Sehr gut“ oder „gut“ gibt es mehrheitlich für das Sys-tem der Beruflichen Bildung (67 %) und Standortfaktoren wie der öffentlichen Infrastruktur, Freizeitqualität, Rechts-standort und kulturelles Angebot (59 %).

Ein „Stimme voll zu“ oder „Stimme zu“ gaben 100 Prozent der Befragten der Aussage, dass in Deutschland notwen-dige Investitionen durch zu lange Planungs- und Geneh-migungsverfahren erschwert werden. „Wie auch immer sich die neue Bundesregierung zusammensetzen wird, sie muss uns vom ersten Tag an aus der Bürokra-tielethargie befreien“, sagt IHK-Präsident Andreas Rother.